



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 14. Feb. 2005

### **Rossmann: Landesregierung fordert Post AG zur Einhaltung der Selbstverpflichtung auf**

Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hat beim Vorstandsvorsitzenden der Post AG Dr. Zumwinkel Protest gegen die bisher beabsichtigten Schließungen von 59 ortsfesten Agenturstandorten der Post in Schleswig-Holstein bis Ende Juli 2005 eingelegt. Die Landesregierung macht dabei, wie sie dem Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Dr. Ernst Dieter Rossmann auf eine entsprechende Bitte um Unterstützung der regionalen Proteste hin gegenüber deutlich gemacht hat, insbesondere in touristischen Zentren, aber auch im ländlichen Raum, eine gravierende Schlechterstellung bei der infrastrukturellen Versorgung mit postalischen Dienstleitungen aus. Der für solche Fälle vorgesehene mobile Postservice kann nach Auffassung der Landesregierung von der Qualität her diese Lücke nicht schlie-

ßen, zumal seine Modalitäten den Bürgerinnen und Bürgern des Landes nicht hinreichend bekannt sein dürfte.

Verärgert ist die Landesregierung auch über das Unterlaufen der in der Selbstverpflichtung der Post AG zugesagten Benehmensregelungen mit den kommunalen Gebietskörperschaften, die eine Karenzzeit von drei Monaten vorsieht. Durch das bisherige Vorgehen der Post AG seien die Möglichkeiten einer planerischen Mitgestaltung eingeschränkt worden. Rossmann: „Die Entscheidung zur Liberalisierung der Postmärkte, die unter der alten Bundesregierung eingeleitet worden ist, fußte bisher auf einem breiten Konsens aller Parteien. Ich finde es richtig, dass die Landesregierung vor dem Hintergrund der erneuten Verschlechterung der postalischen Infrastruktur in Schleswig-Holstein deutlich macht, dass sie diese Haltung jedoch überdenken und gegebenenfalls ändern muss.“

Auch auf Ebene des Bundestages, wo die Selbstverpflichtung der Deutschen Post AG am Ende mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen und als Ergänzung zum Universaldienst in den Pflichtenkatalog aufgenommen worden ist, sieht der Abgeordnete Überprüfungsbedarf. Rossmann: „Es geht um Sinn und Inhalt der Postuniversaldienstleistungsverordnung und der Selbstverpflichtung.“